



Antrag

der Fraktion der SPD

Planungssicherheit für die Perspektivschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Mit Drucksache 20/958 hat der Landtag die Landesregierung beauftragt, das auslaufende Perspektivschul-Programm fortzusetzen. Inzwischen ist klar, dass über das Startchancen-Programm des Bundes weitere Mittel für dieselben Zwecke bereitstehen werden und nicht nur die bisherigen Schulen weiter gefördert, sondern sogar zusätzliche Schulen in das Perspektivschul-Programm aufgenommen werden aufgenommen werden können.

Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, mit dem Haushaltsentwurf die notwendigen Mittel für die Fortsetzung des Perspektivschul-Programmes vorzusehen. Darüber hinaus ist kurzfristig zu prüfen, auf welchem Wege den bisherigen Perspektivschulen Mittel bereits vor Haushaltsbeschluss verbindlich zugesagt werden können. Auch sollen Wege gefunden werden, Fachkräfte über das Perspektivschul-Programm unbefristet einzustellen.

Begründung:

62 Schulen, die in einem sozial herausfordernden Umfeld liegen, erhalten bislang aus dem Perspektivschul-Programm eine zusätzliche Unterstützung, um für sich und ihre Schülerinnen und Schüler eine neue Perspektive entwickeln zu können. Am 31. Juli 2024 läuft das bisherige Programm aus. Schon im Mai 2023 hat der Landtag beschlossen, es zu verlängern. Durch den Beschluss des Bundes über das Startchancen-Programm ist sichergestellt, dass keine der bisher geförderten Schulen aus dem Perspektivschul-Programm herausfallen wird, weil die Zahl der geförderten Schulen insgesamt steigt.

Trotzdem müssen bisher schon geförderte Schulen und über das Perspektivschul-Programm Beschäftigte nach aktuellem Stand noch mindestens bis zum Haushaltsbeschluss im März 2024 warten, bis sie verbindlich Klarheit über ihre

Zukunft haben. Es wäre im Interesse der Schulen und der betroffenen Fachkräfte, Eltern, Kinder und Jugendlichen, bereits jetzt in die Planungen für das kommende Schuljahr einsteigen, Mittel vergeben und Verträge verlängern zu können.

Die Arbeit mit befristeten Verträgen halten wir aus grundsätzlichen Erwägungen für problematisch. Wir wollen gute Arbeitsplätze, mit denen Menschen planen und ihr Leben gestalten können. Sie ist aber auch im speziellen Fall schwierig: Es fehlen Fachkräfte im Bildungsbereich. Wenn das Land Schleswig-Holstein hier erfolgreich gegensteuern will, muss es den Menschen langfristige Perspektiven bieten.

Martin Habersaat

und Fraktion

Beate Raudies